

Freikirchler Antrag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Abschreibungsantrag.

22. Sitzung am 27. Febr. 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag Bindhoff wegen Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Verfassung der Kirche und ihrer Organe in betreff des religiösen Unterrichts in den Volksschulen.

Der Antrag verlangt im wesentlichen, daß den kirchlichen Behörden der ganze Religionsunterricht überlassen wird, sowohl die Bestimmung der Unterrichtsgegenstände, wie das Einschreiben gegen nicht genehmigte Personen, wie endlich auch die Bestimmung des Lehrplans und Auswahl der religiösen Unterrichtsbücher.

Abg. D. Windhorst: Mein Antrag ist nicht neu, er ist in der vorigen Session bereits eingebracht, aber nicht behandelt worden. Wie die analogen verändernden Verhältnisse eine Abänderung nicht angehen erkennen lassen. Der weitgehende Antrag müßte aber rechtzeitig bekannt gegeben werden.

Nach den Neuerungen der Presse läßt es sich, als ob zur Zeit dieser Antrag eine allgemeine Billigung nicht finden würde. (Geister!) Ich darf aber nicht außer Acht lassen, daß die Verhältnisse sich geändert haben, und die Erfahrungen, welche wir mit den Blättern gemacht haben, zeigen, daß unsere Anträge nicht so ausführlich sind, denn jetzt sind unsere Anträge angenommen, und diejenigen, welche früher wiederholt haben, scheinen sich jetzt ihres Widerstandes zu enthalten.

Der Antrag ist die notwendige Folge des Schulgesetzes, gegen welches ich kämpfte, weil, so lange ich Athem schöffe, (Beifall im Centrum.) Der Antrag vertritt keine tatsächliche Ueberzeugung. Am meisten bedauere ich das Abweichen der konservativen Partei; denn die Kampf ist nicht gegen die Kirche, sondern gegen das Schulgesetz. Sie hat allerdings davon zu leben gehabt, aber Männer, welche gegen ihre wohlgebildeten Ueberzeugung verstoßen werden, pflegen in ihrer Ueberzeugung beständig zu werden.

Der Antrag ist kein religiöses Gesetz, sondern gibt nur die Grundzüge, nach denen die Regierung ein Gesetz ausarbeiten kann. Wir wollen die Regierung also nicht binden. Bei der Ausführung der Grundzüge schwebt uns wesentlich der Gesetzentwurf des Ministers Lodenberg vor, den wir einwandlos billigen könnten.

Der Entwurf würde also den Exzessiven freigestellt nicht widerstehen. Es wäre auch sehr zu empfehlen, weil andersgar kein Autorität für die Auslegung der Bestimmungen ist. Man sagt, unter Antrag sei verfassungswidrig, weil § 112 bestimme, daß das Verbot die Rechte überlassen solle, bis ein allgemeines Schulgesetz erlassen werde. Unter Antrag wird aber gerade die Bestimmung wiederhergestellt, weil das bestehende Schulgesetz die Bestimmung im Jahre 1872 nicht aufgehoben hat. Ein folgender Lehrer kommt mit der Kirche in Konflikt, wenn er in Beziehung auf den Religionsunterricht andere Anschauungen als die des Antrags hat. (Sehr richtig! im Centrum.)

Unter Antrag wird die frühere Stellung der Kirche in dem Unterricht wiederhergestellt, aus der sie 1872 herausgenommen worden ist. Das war ein Verstoß gegen die Verfassung, welche im wesentlichen Art. 13 verlangen, daß die Verwaltung dieses Gesetzes und die Ausführung des Gesetzes des Ministers gegeben werden ist. Nach diesem Erlaß kann ein Gelehrter, der nicht, wie ein katholischer Lehrer, einen Schüler herabwürdigen, sondern, wie ein protestantischer, einen Schüler fördern, nicht sich an der Schulbehörde wenden, der häufig Protestant ist, können sich die beiden nicht einigen, so entscheidet als letzte Instanz der Minister. Bei dem häufigen Wechsel der Minister wechseln aber auch die Anschauungen über die Ueberwachung des Religionsunterrichts, so daß ein ganz anderer Zustand entsteht. Wenn Sie den Staat nicht heilen wollen, so müssen Sie auch diese Unbilligkeiten in dem Schulgebiet beseitigen. Der § 24 der Verfassung gibt der Kirche das Aufsichtsrecht über den Religionsunterricht. Die Mitglieder zu diesem aktuellen Zustande verlangen wir. Die Aufsicht der Kirche ist keine exorbitante, sie soll nur die Unterrichtsgegenstände bestimmen, welche im Konflikt mit den kirchlichen Behörden Religionsunterricht geben. Der Staat hat sich ja viel mehr vorbehalten, er entfernt nichtswürdige geistliche Lehrer einfach ad nutum aus dem Amt. Der Gelehrte löst den Religionsunterricht überwinden und mitunter auch selbst einbringen. Auch die weltlichen Schullehrer greifen in weltlichen Fragen ein. Ohne ein solches Eingreifen hat die Aufsicht keinen Zweck.

Das sind unsere Gründe, und wir erwarten eine gründliche Erörterung derselben. Wir sind beides mit unserer Forderung, wir verlangen nichts neues, sondern weniger als wir vor 1872 hatten. In der Schule vor 72 sind die Männer erzogen worden, welche Deutschland groß gemacht haben. (Abgehorrt! Beifall im Centrum.)

Abg. S. Eder (konf.): Die konservative Partei ist nach wie vor Anhänger der konfessionellen Schule, kann aber zu einer gefälligen Regelung des Verhältnisses der Kirche zur Schule, wie sie der Antrag der Centrumpartei will, die Hand nicht bieten; denn sich nur einmütig jede Ausnahme. (Beifall rechts.)

Der Antrag Bindhoff geht weit über das, was nach Artikel 24 der Verfassung beabsichtigt ist, hinaus. Dort ist nur von einer ausübenden Leitung des Religionsunterrichts die Rede. Auch wir wollen einen Einfluß der Kirche auf die Schule, wir wollen aber vor allem eine einheitliche Schulverwaltung, und wir wollen weiter dem Staat die Verwaltung nicht aus der Hand nehmen, namentlich wo wir glauben, daß er gerade gegenüber in einer Gestaltung begriffen ist, die eine viel stärkere Selbsterhaltung christlicher Ideen verbürgt. Eine Weile hat allerdings diese Wagner'sche des kirchenwissenschaftlich gewandt, nun aber nicht mehr. Die Kirche darf nicht in die Lage versetzt werden, den Lehrer jeden Religionsunterricht aus der Hand nehmen zu können und ihn damit zur Erfüllung seiner gesetzlichen Pflichten unfähig zu machen.

Wir haben nicht gefunden, daß der bisherige Zustand einer gefunden Entwicklung der kirchlichen Ideen hinderlich ist. Für einen Zustand, wie Herr Windhorst ihn will, daß der Staat die Lehrer entsetzt, die Kirche im höchsten Grade, ist nicht von irgend einem dankbar; das hat auch der Minister Lodenberg mit seinem Entzorn nicht beabsichtigt, und das hat auch vor 1872 nicht befanden. Der Staat ist keineswegs von christlichen Elementen ganz verlassen. (Sehr wahr! rechts.) Wir sind im Gegenteil überzeugt, daß gerade die Lehrer der Kirche beim Staat immer Gehör finden. (Beifall rechts.) Wir sind überzeugt, daß bei uns jemals ein rechtgläubiger Jude zur Aufsicht des Religionsunterrichts berufen werden könne, daß eine Aussetzung vom preussischen Staat, die wir nicht theilen. (Beifall rechts.)

Der inhaltliche Zustand ist wirklich nicht so bedauerlicher Art, daß das dringende Verlangen nach geschäftlichen Einrichtungen vorliegt. Wir sollen nicht vergessen, daß die Kirche beitragen, den religiösen Frieden zu stiften (Beifall), und Sie werden den Erlaß eines allgemeinen Schulgesetzes nicht fördern, sondern verzögern. Vor 10, 12 Jahren würde ich allerdings auch dafür gestimmt haben, die Leitung des Religionsunterrichts ausschließlich in die Hand der Kirche zu legen. Aber diese letzten Neuerungen über die Kirche und kirchliche Dinge, die Sie damals

hört, erlösen jetzt von seiner Seite mehr wieder. (Beifall rechts.) Es ist ein Bedürfnis eingetreten, das wir im Landtag nicht befähigen dürfen. (Beifall rechts.) Das religiöse Bewußtsein muß vor allem in Saale selbst gepflegt werden, die Schule kann darin nur thätig, es nicht aber (Beifall rechts.) Gerade jetzt gerade jetzt, wo die Kirche und der Staat, um die religiös-sittlichen verderblichen Elemente zu befechtigen. Jetzt bieten Anträge an, die aber für uns unzulänglich, weil sie nicht nur als, und hinter dieser Ablehnung steht die Zustimmung des evangelischen Volkes. (Beifall rechts, Beifall im Centrum.)

Abg. D. Eder (konf.): Der Antrag ist ebenfalls berechtigt im Sinne der evangelischen wie der katholischen Kirche; das jetzige Schulgesetz hat, entgegen der Bestimmung, jede Aufsicht der Kirche über den Religionsunterricht entfernt. Was Herr Eder als kein Ideal stellt, muß ich jedoch immer auf die Billigkeit des Gesetzes tun. Es entspricht das allerdings dem Willen des preussischen Staates, in dem nach einem getreuen Anspruch die Kirche immer ein Stück der hohen Polizei gemeint ist. Das Ziel der Regierung, die Unterwerfung der Kirche, ist auch nach Beendigung des Kulturkampfes daselbst geblieben, nur daß es nicht im stillen vertrieben ist. An Stelle der Kirche ist zum Ziel die Kirche getreten, das ist der einzige Unterschied.

Der Antrag des Abg. Bindhoff fordert nur, was in der Verfassung genannt ist. Wie sehr eine Veränderung auch in evangelischen Kreisen anerkannt wird, dafür verweise ich auf die Beschlüsse der Synode von 1884, welche im Jahre 1881 mit diesem Gegenstande beschäftigt hat. Der Antrag wird nur die wahre Freiheit der Kirche fördern; er wird dahin führen, daß diejenigen Lehrer, die den kirchlichen Lehren fremd gegenüberstehen, nun auch nach außen hin Stellung nehmen müssen.

Es ist ein Unbegriff, daß der Staat den Religionsunterricht leisten will. Der Staat hat andere Aufgaben, er hat zu geboramen Unterthanen und zu leistungsfähigen Steuerzahlern zu beschaffen, in den Religionsunterricht bringt er nur Verwirrung. Ich bitte Sie, den Antrag einer Kommission zu überweisen. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Barckow (konf.): Der Antrag würde schwere Konflikte bezüglich der katholischen Schulen und katholischen Kirchenbehörden herbeiführen. Es geht aus dem Willen der katholischen Kirche hervor, die katholische Kirche muß die Schulaufsicht fördern; aber der evangelische Staat (Ob! im Centrum) - ja wohl, wir sind ein evangelischer Staat. (Zustimmung rechts.) Hinsichtlich im Centrum, kann das aber nicht möglich sein. Die Einföhrung des Antrages eintretenden Konflikte würden ein sicheres Aufsehen des Kulturkampfes in Aussicht stellen. Gewiß muß das religiöse Bewußtsein des Kindes gepflegt werden, vorzüglich im Hause, und die moralische Kraft der Kinder zu stärken; aber niemals darf der Religionsunterricht aus der Schule entfernt werden, so würde die notwendige Einheit des Schulwesens zerstört. Der konfessionelle Friede darf nicht durch die Schule gefährdet werden. Wir haben ja auch evangelische Schulpflicht - ich erinnere an den Herrmann - aber fördern, wie Einführung der Lehrbücher, sind niemals von uns gefordert worden.

Der Antrag liegt kein anderes Bedürfnis vor, als das des Abg. Bindhoff, merely einmal die alte Forderung zu erfüllen, unter der er so viele Mitglieder seiner Partei gesammelt hat. (Zustimmung rechts.) Eine Verletzung der Volksschule kann nicht der Zweck des Antrags sein. Diejenigen Staaten, in denen die kirchlichen Behörden die Aufsicht über die Schulen haben, sind die katholischen Staaten im Schwabenland! (Sehr wahr! rechts.) Ich glaube auch, daß die Kirche dem Antrage fern steht. Die katholische Bevölkerung ist auf die Leistungen unserer Volksschule stolz, und die mehrheitliche Stellung solcher Anträge wird auch durch die Ängste offen, welche die jetzt über die Ziele des Abg. Bindhoff noch im Wange des Herrn v. Barckow sind. Ein Konfessionist die zur Klärung der Situation dienen wird. (Beifall rechts.)

Abg. D. Wölke (konf.): Wir werden nicht aufhören, diesen Antrag an das Haus zu bringen, bis seine Annahme erfolgt ist. Paritätische Verhältnisse liegen uns hohes durch das, was Herr Windhorst mit der Kirche im Schwabenland hat, und die Kirche hat unterhalb Partei wird am besten gefordert durch die Art, in die Sie die berechtigten Wünsche des katholischen Volkes hier aufnehmen.

Das in Sachen des Religionsunterrichts die Kirche die eigentliche Sachverwalterin ist, ist doch unbestreitbar; und wir werden bei einer kirchlichen Schule die Schulen nicht aufgeben, die wir nicht wollen. Wir verlangen wir dieselbe auch für die katholische. In einem paritätischen Staat, wie es Preußen ist, muß jede der beiden Kirchen sich in voller Freiheit nach ihrer Eigenart entwickeln können. Unter jetziger Antrag ist nur eine Kontingenz unseres bisherigen Verhaltens. Ein Prinzip ist es ganz beiseite, ob der Gelehrte an der Kirche teilnehmen darf, oder nicht, nicht überhaupt. Eine Konfession, die dieses Recht aufweist, würde sich selbst aufgeben. (Beifall im Centrum.)

Abg. Seyffardt-Wagbeurg (nl.): Der Antrag ist unabweisbar nur ein Verzicht, die Elemente des Centrums zu sammeln, und die religiösen Beziehungen sind weiter nötig als die Folgen des Kulturkampfes, um die Verhältnisse der Schulverwaltung zu klären. Der Antrag will nur theoretisch feststellen, daß der Staat mit der Leitung des Religionsunterrichts nicht mehr zu thun haben soll. Der Lehrer würde, namentlich im dem Lande, von den kirchlichen abhängig werden, und Laufende von Lehrern könnten aufgrund des Antrages wegen Nichtbefolgung zum Religionsunterricht beim Staat entzogen werden. Der einzige Zweck des Antrages, die Leitung des Religionsunterrichts aus den Händen der Regierungsgewalt an die Geistlichen zu übertragen, könnte mit einem viel weniger weitgehenden Antrage erreicht werden. Aber der wirkliche Zweck geht noch weiter. Herr Windhorst hat ja offen auf der kirchlichen Zusammenkunft in Ezer die Ansicht geäußert, die Schule gehört der Kirche, sie müsse ganz und gar geistlich werden. Die religiösen Verbindungen sind also nur der Sturmhauf für die allgemeine Freischule. Wir werden eine solche Herrschaft der Kirche in der Schule nie und nimmer gestatten und lehnen daher den Antrag ab. (Beifall bei den Nationalvereinigten.)

Abg. Reichert-Perger (konf.): Nachdem der weitestgehende Staatliche der Befreiung des Kulturkampfes als autonomes Bedürfnis anerkannt und gegen alle Vorurteile durchgeführt hat, haben wir das feste Vertrauen, daß auch auf dem Gebiete der Schule die Kulturkampfbefreiung beibehalten wird. Und dazu soll unter Antrag dienen. Er ist auch der allein richtige Weg, die Ängste vor den Verhältnissen der Schulverwaltung zu klären und den Interessen der Christenheit zu fördern. Von einer Unterwerfung der Schule unter geistliches Regiment ist keine Rede. Gegen den Antrag können nur die, welche außerhalb der Religion stehen. Unter Antrag bekennt die Volksschule die Verfassung des Religionsunterrichts; durch die Volksschule Erlaß der Verfassung und geistliches Recht nach geltend haben soll. Wenn es nicht hier Wandel geschaffen werden. (Beifall im Centrum.)

Abg. D. Wölke (nl.): Die angeführten Gründe können uns nicht bewegen, für den Antrag zu stimmen. Wenn man die kirchlichen Forderungen von mir für den Antrag ansetzt, so verhält man sich, daß die kirchlichen Forderungen, die wir nicht haben, daß man darin keine, die Trennung von Schule und Kirche vorzunehmen. Ich bin auch heute noch bereit, alles das einzuführen, was zum Zwecke der einzelnen Gewissen notwendig ist, was uns vor dem Einschleichen des Staatlichen schützt. Allein es ist sehr schwierig, in einem Augenblick, wo das Bessere wieder von der Majorität dieses Hauses, noch von der Regierung anerkannt

wird, zu denselben Konsequenzen zu kommen, die man ziehen würde, wenn man inslande wäre, im wesentlichen eine Zeit gegeben, wo man abhört nicht denken konnte, daß in Preußen etwas mehr als die Kirche zu tun hätte, und das ist die Kirche, die die Kirche gelöst? Und wir haben sie zuletzt doch. Sollte es denn wirklich unmöglich sein, nun auch zu einer ähnlichen Trennung in den Verhältnissen der Schulen zu kommen, der Kirche vollständig zu überlassen, was ihres Amtes ist, aber dafür auch die Schule zu übergeben, vor den weitestgehenden, die Kirche? Vor der Verhaftung des religiösen Unterrichts lassen wir uns gern warnen, aber wir warnen abermals vor der Verhaftung der Schule. Dies sind die beiden Schwierigkeiten, zwischen denen wir uns befinden und der wir schwanen.

Wenn wir die Punkte 3 und 4 des Antrages annehmen, so weiß ich wirklich nicht, wie die Schule dabei ohne Gefahr bestehen soll. Die Kirche bestimmt das Organ, welches sie bezeugen will, um den Religionsunterricht zu überwachen. Dieses Organ ist berechtigt, in den Unterricht einzugehen und den gesamten Umfang des Religionsunterrichts innerhalb des schulplanmäßigen Unterrichtsgebietes festzustellen. Das wird doch zu weitgehenden Eingriffen in die eigentliche Schulaufsicht führen. Wie eine gewisse Korrekture meiner Meinung noch überdies nicht zugelassen werden können. Wenn man die Dinge ganz auseinanderlassen, und die Religionsunterricht der Kirche, der andere Unterricht der Schule bleiben würde, so würde man sich über die großen Schwierigkeiten hinwegsetzen können.

Wir haben im vorigen alten Standpunkt. Es ist es erlassen werden, daß dieser Standpunkt niemals allgemein durchgeföhrt wird, das weiß ich nicht. Wir werden uns damit trösten, daß wir diese Ansicht vertreten haben, und wir werden uns freuen, wenn wir es so weit sein werden, daß wir den Grund der kirchlichen Forderungen, welche gerade in der Beziehung hervortreten, welche wir nicht, nicht im Hinblick auf die Religion als Sache der einzelnen ganz und gar zu verlassen aus dem Streit über die öffentlichen Dinge und sie den Einwirkungen zu überlassen, welche die Familie ausübt, so daß jeder mit sich selbst seinen konfessionellen Standpunkt abgeben kann, damit werden wir nicht den Anträgen ergehen, daß in irgend einer Weise die Schule nach den Ueberzeugungen einer speziellen Konfession zugewiesen sein soll, dann wird jeder einzelne seiner speziellen konfessionellen Ueberzeugung folgen können.

Das ist unter Standpunkt. Dieser Antrag ist nicht geeignet in den Anträge, der uns vorliegt, und deshalb ist auch in der Frage, wie der Herr v. Barckow die kirchlichen Rechte einmal zusammenzufassen, und ich kann das im Namen aller meiner Freunde erklären. (Beifall links.)

Abg. v. Stahlhofen (konf.): Das Schulgesetz ist gerade ein Ausnahmefall für die Katholiken geworden. Wenn es vorgekommen ist, daß abgelenkte Katholiken zu Schulinspektoren ernannt worden sind, so ist die katholische Kirche doch immer berechtigt, Beschwerde zu führen. Wie sich die Regierung die Stellung der Kirche beschaffen will, ist die katholische Kirche, geht daraus hervor, daß dieselben in der Provinz Posen haben einen Herrscher untergeben müssen, nur die von der Regierung gestellten Lehrer benutzen zu lassen. Der Grund ist, wenn die Kirche die Hand auf die Kirche legt, sie zu einem Polizeivorgang herabwürdiget, wie das in Preußen jetzt geschieht, so wird der Staat ebenso dabei verlieren, wie die Kirche. Bei uns besteht in dieser Beziehung ein Einfluß kirchlichen Staats. Wenn es gilt, dieselbe zu klären, werden wir die Kirche nicht verlassen. Ich würde die Hand auf die Kirche legen, sie zu einem Polizeivorgang herabwürdiget, wie das in Preußen jetzt geschieht, so wird der Staat ebenso dabei verlieren, wie die Kirche. Bei uns besteht in dieser Beziehung ein Einfluß kirchlichen Staats. Wenn es gilt, dieselbe zu klären, werden wir die Kirche nicht verlassen. Ich würde die Hand auf die Kirche legen, sie zu einem Polizeivorgang herabwürdiget, wie das in Preußen jetzt geschieht, so wird der Staat ebenso dabei verlieren, wie die Kirche.

Ich würde die Hand auf die Kirche legen, sie zu einem Polizeivorgang herabwürdiget, wie das in Preußen jetzt geschieht, so wird der Staat ebenso dabei verlieren, wie die Kirche. Bei uns besteht in dieser Beziehung ein Einfluß kirchlichen Staats. Wenn es gilt, dieselbe zu klären, werden wir die Kirche nicht verlassen. Ich würde die Hand auf die Kirche legen, sie zu einem Polizeivorgang herabwürdiget, wie das in Preußen jetzt geschieht, so wird der Staat ebenso dabei verlieren, wie die Kirche.

Bei uns besteht in dieser Beziehung ein Einfluß kirchlichen Staats. Wenn es gilt, dieselbe zu klären, werden wir die Kirche nicht verlassen. Ich würde die Hand auf die Kirche legen, sie zu einem Polizeivorgang herabwürdiget, wie das in Preußen jetzt geschieht, so wird der Staat ebenso dabei verlieren, wie die Kirche.

Ich würde die Hand auf die Kirche legen, sie zu einem Polizeivorgang herabwürdiget, wie das in Preußen jetzt geschieht, so wird der Staat ebenso dabei verlieren, wie die Kirche. Bei uns besteht in dieser Beziehung ein Einfluß kirchlichen Staats. Wenn es gilt, dieselbe zu klären, werden wir die Kirche nicht verlassen. Ich würde die Hand auf die Kirche legen, sie zu einem Polizeivorgang herabwürdiget, wie das in Preußen jetzt geschieht, so wird der Staat ebenso dabei verlieren, wie die Kirche.

Bei uns besteht in dieser Beziehung ein Einfluß kirchlichen Staats. Wenn es gilt, dieselbe zu klären, werden wir die Kirche nicht verlassen. Ich würde die Hand auf die Kirche legen, sie zu einem Polizeivorgang herabwürdiget, wie das in Preußen jetzt geschieht, so wird der Staat ebenso dabei verlieren, wie die Kirche.









